

## **CDU-Ortsunion Ennigerloh erörtert das neue Grundsatzprogramm der CDU Deutschland**

---

In zwei intensiven Sitzungen hat sich die Ortsunion Ennigerloh unter Beteiligung von CDU-Mitgliedern und interessierten Bürgern mit den Leitfragen zum neuen Grundsatzprogramm der CDU befasst, wozu wir hieraus folgende Schwerpunkte für eine Berücksichtigung hervorheben möchten.

### **1. Wie gestalten wir als starke Volkspartei der Mitte erfolgreiche Politik auf der Grundlage des christlichen Menschenbildes.**

#### 1.1)

Die Betonung eines christlichen Selbstverständnisses ist im Verständnis der Basis unverzichtbar, wohlgleich dieses Verständnis als toleranter Leitfaden im Sinne unserer christlichen, abendländischen Kultur zu sehen ist und keineswegs eine Ausgrenzung anderer Gesellschaftsgruppen bedeuten soll und kann. Oberster Grundsatz an dieser Stelle gilt ganz besonders Respektierung und Einhaltung unseres Grundgesetzes.

#### 1.10)

In der Umsetzung der politischen Ziele wünscht man sich einen respektvolleren Umgang miteinander in der Parteiführung mit dem Ziel einer konsequenten Realisierung der gesteckten Ziele und vereinbarten Regierungsprogramme. Beispiele aus dem Umgang der Unions-Schwesterparteien miteinander aus dem vergangenen Jahr wurden einvernehmlich als kontraproduktiv, ja als schädlich bezeichnet, sowohl im Eigenverständnis, als auch in der Repräsentanz gegenüber anderen Parteien.

Die Basis drückt auch zum Ausdruck, dass eine deutlichere Beteiligung an der Entscheidungsfindung erfolgt, so wie es durchaus mit dieser Initiative zum Grundsatzprogramm formuliert ist. Diese Beteiligung wurde z. Bsp. bei der Findung des Europa-Wahlprogramms deutlich vermisst.

## **2. Wie verbinden wir Freiheit und Verantwortung?**

2.5)

In unserer Verantwortung für die Politik und für die Freiheit ist es wichtig, dass Politik glaubwürdig gestaltet und umgesetzt wird.

Darunter verstehen die Bürger auch, dass die Gesetzgebung verlässlich umgesetzt wird. Hier wurde als Negativbeispiel benannt die Steuerschuld zum Solidaritätszuschlag, die nach der ursprünglichen Maßgabe inzwischen hätte abgesetzt werden müssen.

So ist auch nicht zu vermitteln, wenn Bürger über einen schleichenden Prozess der sogenannten „kalten Progression“ einer überproportionalen Steuererhöhung unterzogen werden; eine gerechtere Steuerbelastung wird verlangt.

2.11)

Den Teilnehmern war auch wichtig, dass wir in Deutschland Acht geben müssen, dass unsere Medien in ihrer Unabhängigkeit gestärkt werden, ein unverzichtbares Gut, um unsere Meinungsvielfalt aufrecht zu erhalten, gleichwohl welchen politischen Spektrums.

Hier müssen grundsätzliche Kriterien formuliert werden, um z. Bsp. auch in unserer heutigen digitalen Welt der Social Medias Gegenmaßnahmen auszuschließen, die eine Wahlkampfbeeinflussung erzeugen könnten. Gerade in jüngster Zeit konnten mit bestimmten Veröffentlichungen im Vorfeld der Europawahl erhebliche meinungsbildende Äußerungen verbreitet werden, die bei den Wählern für Irritationen sorgten.

Allerdings ist auch der Staat gefordert, die Zeichen der Zeit zu verstehen und Modernisierungen, wie z. Bsp. im Bereich der Digitalisierung voranzutreiben. Bei den Entwicklungen der Vergangenheit haben die Bürger den Eindruck, dass hier der Staat den Bedürfnissen nicht entspricht, Fortschritte nicht mit dem erforderlichen Druck und der zeitlichen Notwendigkeit vorangetrieben werden. Vergleiche mit anderen Ländern bescheiden uns hier in Deutschland ein unbefriedigendes Ergebnis, dass nicht unserem Anspruch als innovative Volkswirtschaft entspricht.

2.10)

Die Reduzierung der Bürokratie ist ein unumstrittenes Ziel aller politischen Gruppierungen. Allerdings haben die Bürger das Gefühl, dass ungeachtet dieses Zieles die Bürokratie in den letzten Jahren weiter vertieft wird.

Jüngste Beispiele, wie die in 2018 umgesetzte Datenschutzverordnung oder die kürzlich vom EUGH vorgeschriebene Dokumentationspflicht zur Arbeitszeitregelung machen diese Annahme deutlich.

Andere simple Vorschriften im Bereich des Brandschutzes oder des Denkmalschutzes könnten ebenso angeführt werden.

Es sollte ein vorgegebenes Ziel sein, dass der Abbau der Bürokratie verpflichtend in unser neues Grundsatzprogramm aufgenommen wird, damit in Zukunft konstruktiv daran gearbeitet wird, um den Menschen im Lande Dinge zu erleichtern, um aber auch unsere Politik handlungsfähiger zu machen, um Vorhaben beschleunigt umsetzen zu können.

### **3. Wie gelingt ein Leben in Sicherheit?**

Unsere Freiheit ist ein unverwechselbares Gut. Diese Freiheit zu schützen, ist oberstes Gebot der Politik, um uns resistent zu machen gegen Angriffe innerhalb unserer Strukturen, sowohl im rechtsstaatlichen Verständnis, als auch im Bereich der digital organisierten Kriminalität.

3.2)

Recht und Gesetz müssen konsequent und insbesondere zügig, schneller umgesetzt werden. Beispiele aus dem Rechtswesen der Vergangenheit zeigen auf, dass Gerichtsverfahren unverhältnismäßig in die Länge gezogen werden können. Es muss das Bestreben sein, hier Handlungsfähigkeit zu beweisen und nicht Gerichtsverfahren durch einen unendlichen Weg über vielfache Instanzen nicht wirksam werden zu lassen. Instanzenwege müssen begrenzt und beschleunigt werden.

Hinzu kommt die Notwendigkeit, unser Strafmaß in allen Bereichen zu überprüfen und ggf. zu verschärfen. Mit einem erhöhten Strafmaß muss das Abschreckungspotential erhöht werden.

3.4) / 3.8)

Für diese Hoheitsaufgabe benötigen wir leistungsfähige Ordnungshüter im Inneren, als auch eine funktionierende Bundeswehr zur Landesverteidigung. Hier gibt es bedenkliche Defizite, die abgebaut werden müssen.

Um diese Ziele zu erreichen, bedarf es gesicherter finanzieller Ressourcen, als auch die Stärkung der Wertschätzung aller Sicherheitskräfte und Soldaten der Bundeswehr und offensichtlich auch die Notwendigkeit einer professionelleren Führungsstruktur.

Eine Reaktivierung der Wehrpflicht, als auch die Einführung eines grundsätzlichen verpflichtenden sozialen Jahres sollten in die Überlegungen mit einbezogen werden, um die zuvor skizzierten Ziele zu unterstreichen.

Eine große Herausforderung zu diesem Thema ist auch eine verstärkte Europäisierung und Harmonisierung auf diesen Gebieten als grundsätzliches Ziel. Fehlende Übereinstimmungen auf Europäischer Ebene verhindern fühlbare Fortschritte auf diesem Sektor.

3.10)

Als bedeutungsvoller Staat in der Weltgemeinschaft dürfen wir uns der Verpflichtung nicht entziehen, dass auch wir uns mit unserer Bundeswehr weltweit an Friedenseinsätzen beteiligen. Hier bedarf es allerdings deutlicher Rahmenbedingungen, die auch hier europäisch und insbesondere international abgestimmt sein müssen.

Es muss klar werden, dass international gemeinsam übernommene Aufgaben auch konsequent in der Gemeinschaft umgesetzt werden.

## **6. Wie gestalten wir den technologischen Wandel zum Wohle der Menschen?**

6.10) / 6.12)

Es ist von Bedeutung, dass wir den technischen Fortschritt fördern, damit wir auf diesem Sektor in der Welt führend bleiben, ja nicht den Anschluss verpassen. Das erfordert auch, dass wir darauf Einfluss nehmen müssen, Schlüssel-Technologien in unserem Lande zu halten, ggf. ein Einspruchsrecht geltend gemacht werden kann.

Die Förderung von Bildung und Forschung ist eine wichtige und elementare Herausforderung und bedarf der grundsätzlichen gesetzlichen Vorgabe und Unterstützung, sowohl in finanzieller, als auch in umsetzungstechnischer Hinsicht.

Forschung und Entwicklung müssen auf dem Wege bis zur Marktreife beschleunigt werden. Auch hier gilt wieder die Bedeutung der Entbürokratisierung.

## **11. Wie schaffen wir Bedingungen für ein gutes Leben in Stadt und Land?**

11.3)

Der ländliche Raum muss gestärkt werden, damit Grundaufgaben im Bereich von Kita, Kindergärten, Grundschulen und in der Allgemeinmedizin hier weiter aufrechterhalten werden können, um die Attraktivität in diesem ländlichen Raum für die Bürger attraktiv zu halten.

Der ländlich Raum ist eine elementare Stütze unseres Gemeinwohles.

11.7)

Es muss als Grundsatz deutlicher werden, dass der öffentliche Personennahverkehr attraktiver gestaltet wird, im Sinne einer zeitgemäßen Mobilität, aber auch im Sinne einer Stärkung der Ökologie im Nahverkehr.

Die Planung für den ÖPNV muss vereinfacht werden bezüglich der Streckenführung als auch der Fahrzeiten.

11.8)

Es ist eine gesellschaftliche Aufgabe, bezahlbaren Wohnraum für alle Bürger zu schaffen. Entscheidungen der jüngsten Vergangenheit haben dazu geführt, dass dieses Thema zu sehr dem freien Markt überlassen wird und somit die Wohnraumpreisentwicklung, sowohl bezogen auf dem Miet- als auch im Eigenheimsektor, unkontrolliert mit überdimensionalen Steigerungen belastet wurde.

Staat, Länder und Kommunen müssen hier wieder stärker in die Verantwortung genommen werden.

Damit einher geht auch die Forderung nach einer Vereinfachung im Eigentumserwerb, siehe hierzu auch Unterpunkt 2.10.

So muss auch hier das Planungs- und Baurecht im Sinne einer Reduzierung der Bürokratie entschärft werden, damit Bebauungs- und Flächenentwicklungspläne zügiger umgesetzt werden, dass z. Bsp. Industriebrachen genutzt werden können. Gesetzesgrundlagen müssen verändert werden für eine schnellere Nutzbarkeit und Umsetzung Bauprojekten im Sinne des Gemeinwohles.

-----

Einig war man sich in der Debatte darüber, dass in einer veränderten Parteienlandschaft auf Bundesebene, sowie im Land und in den Kommunen, selbstverständlich mit einem neuen Grundsatzprogramm auch Kompromissfähigkeit bewahrt bleiben muss zur Ermöglichung von notwendigen Koalitionsmodellen, dass aber durchaus elementare Ziele der CDU als Volkspartei dabei nicht aufgegeben werden dürfen; Politik muss ehrlich und glaubwürdig gestaltet werden.

2019-06-04

Dirk Aufderheide  
CDU-Ortsunion Ennigerloh  
Vorsitzender

Schulweg 19  
59320 Ennigerloh  
Tel.: 0179 4946653  
[d.aufderheide@drubbelbote.de](mailto:d.aufderheide@drubbelbote.de)

Alfons Lütke-Cosmann  
CDU-Ortsunion Ennigerloh  
stv. Vorsitzender

Ulmenweg 2  
59320 Ennigerloh  
Tel.: 0179 1045935  
[a.luetke-cosmann@drubbelbote.de](mailto:a.luetke-cosmann@drubbelbote.de)